Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift **Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 2

Artikel: Das Getreidemonopol im Agrarprogramm der österreichischen

Sozialdemokratie

Autor: Sturmthal, Adolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329418

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

2. HEFT

OKTOBER 1926

VI. JAHRG.

, QI

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Das Getreidemonopol im Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Von Abolf Sturmthal.

T

Die Volkswirtschaft der Republik Desterreich befindet sich in mancher Sinsicht in einer ähnlichen Lage wie die der Schweiz. Sier wie da eine Industrie, die überwiegend für den Weltmarkt produziert und so darauf angewiesen ist, ihre Produktionsbedingungen der Ronkurrenz des Weltmarktes entsprechend zu gestalten, hier wie da eine Landwirtschaft, die nur einen kleinen Teil des inländischen Vedarfes zu decken vermag, während der weitaus größere Teil des Bedarfes an landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkte seine Deckung finden muß.

Einer Volkswirtschaft, die in so hohem Maße auf den Weltmarkt angewiesen ist, würde der Freihandel, der freie Weg vom und zum Weltmarkte, am meisten entsprechen. Trosdem war man genötigt, gegenüber den Zollschranken, die insbesondere die Nachfolgestaaten gegen Desterreich aufgerichtet haben, zu Schusmaßnahmen für die einheimische Industrie zu greifen. Die österreichische Volkswirtschaft allein ist viel zu schwach, um der Konkurrenz der zollgeschüsten Industrien der andern Staaten auf dem Weltmarkte schuslos entgegen-

treten zu können.

Damit ist aber das Außt ausch verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie zuungunsten der Bauern verschoben, die infolge der höheren Preise der Industrieprodukte nur geringere Quan-

titäten derselben erwerben können.

So sehr also die österreichische Sozialdemokratie wünschen mußte, daß alle Zollschranken und sonstigen Sindernisse des freien Verkehrs über die Staatsgrenzen hinweg beseitigt würden, war sie doch gezwungen, zu erwägen, ob unter diesen Umständen eine Verweigerung des Schußes für die einheimische Landwirtschaft möglich war. In den Jahren nach 1921, als der Getreidepreis auf dem Weltmarkte zu sinken begann und das Getreide von Lebersee die inländische Produktion zu ruinieren drohte, seste die christlichsoziale Partei mit einer

kräftigen Agitation für Getreidezölle ein und die Sozialdemokratie sah sich damit vor die Frage gestellt, ob sie die Getreidezölle einfach ablehnen oder andere Methoden vorschlagen sollte,

um den inländischen Getreidebau zu schützen.

So wie Desterreich geographisch in ungefähr zwei verschiedene Jonen zerfällt, die Alpen und das Alpenvorland, so weist auch die päuerliche Wirtschaft in Desterreich im allgemeinen zwei verschiedene Typen auf. In den Alpen wohnt der "Körnd be detreide nur soweit anbaut, als er es und seine Nebenprodukte für seine Viehwirtschaft benötigt. Sehr oft ist er gezwungen, für seinen Eigengebrauch Getreide zu kaufen, wenn das kleine Stück Voden, auf dem er Getreide baut, nicht genug sür seine Wirtschaft liefert. Dieser Vauer hat kein Interesse an hohen Getreidepreisen, da er ja oft als Konsument sür Getreide auftritt. Für ihn ist ein niedriger Getreidepreis notwendig, wenn er über schlechte Jahre hinwegkommen soll.

Im Alpenvorland wohnt der "Rörndlbauer", dessen Wirtschaft vor allem auf dem Getreideanbau beruht. Dieser Bauer ist es, dessen Interessen an einen hohen Getreidepreis geknüpft sind. In den Jahren der Agrarkrise steht er vor der Gefahr des Zusammenbruchs. Es ist der Bauer des Alpenvorlandes, des Flachlandes, der

nach den Getreidezöllen ruft.

"Alber selbst der Mehrheit des Landvolkes im Flachland sind allzu hohe Getreidepreise gefährlich. Denn die Mehrheit bilden überall die Säusler und Rleinbauern, deren kleine Ernten nicht zureichen, sie und ihr Vieh während des ganzen Jahres zu ernähren, die daher während eines Teiles des Jahres Getreide oder Mehl und Rleie zukaufen müssen. Auch sie werden schwer belastet, wenn die Getreidepreise allzu hoch sind. Und ebenso die Weinbauern, ebenso viele Abmelt wirt schaften.

Eine einfache Ablehnung der Getreidezölle hätte den "Körndlbauern" im Alpenvorland gefährdet, hätte den Getreideanbau in Desterreich aufs schwerste geschädigt. Auf der andern Seite bedeuten Getreidezölle in einem Ausmaß, das die inländische Landwirtschaft ausreichend gegen das Ausland hätte schüßen können, eine unerträgliche Belastung der Konsumenten, eine bedenkliche Gefährdung der auf den Export angewiesenen Industrie, ja selbst eine Schädigung großer

Rreise der Bauernschaft.

Wie groß die Åbhängigkeit Desterreichs vom Ausland hinsichtlich seiner Belieferung mit Getreide ist und welches Ausmaß demzufolge die Belastung der Konsumentenschaft gehabt hätte, geht aus folgenden Zahlen hervor:

"Im Jahre 1924 wurden in Oesterreich 2,310,679 Meterzentner Weizen geerntet. Von Mitte 1924 bis Mitte 1925 wurden nach

¹⁾ Otto Bauer: Sozialdemokratische Agrarpolitik. Erläuterung des Agrarprogramms der Deutschöskerreichischen Sozialdemokratie. Wien 1926, S. 34. Das Agrarprogramm selbst war im Heft 12 des 5. Jahrgangs der "Roten Revue" wiedergegeben.

Desterreich 2,211,993 Meterzentner Weizen und 1,640,236 Meterzentner Weizenmehl aus dem Ausland eingeführt. Zur Erzeugung dieser Menge Weizenmehl wurden ungefähr 2,378,342 Meterzentner Weizen gebraucht. Wir haben also in dem Erntejahr 1924/25 inszesamt 2,310,679 Meterzentner heimischen Weizen und ungefähr 4,590,335 Meterzentner ausländischen Weizen verbraucht; die heimische Erzeugung hat nicht viel mehr als ein Drittel unseres Weizenbedarses gedeckt"²).

Demgegenüber stellte Otto Vauer im Jahre 1924 die Forderung auf, die für den Schutz der Landwirtschaft nötige Preiserhöhung des Getreides nicht durch Getreidezölle, sondern durch die zweckmäßige Handhabung eines staatlichen Einfuhre und Ausfuhre

monopols auf Getreide und dessen Produkte vorzunehmen.

Sowohl das Monopol als auch Zölle bedeuten in diesem Falle eine Belastung der Konsumentenschaft. Während aber bei Einführung von Zöllen der Konsument nicht nur die Preiserhöhung der inländischen Produkte bezahlt, sondern auch die Preiserhöhung des eingeführten, ausländischen Getreides tragen muß, kann das staatliche Getreidemonopol die Lasten der Konsumenten, die sie tragen müssen, wenn der inländische Getreidebau geschüßt werden soll, wenigstens auf das geringste notwendige Maß verringern. Das Monopol sest die Rosten der Subventionierung der Landwirtschaft auf den Vetrag herab, der tatsächlich den Vauern zugute kommt, während der Zoll den Konsumenten auch mit einer Art Steuer, nämlich mit dem Zollbetrag auf die eingeführten Produkte, der als Ertrag der betreffenden Zollposition dem Staate zusließt, belastet.

Demgemäß fordert das Agrarprogramm, das die deutschösterreichische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihrem

Parteitag im Jahre 1925 beschloß:

"Die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide, Mehl und Kleie ist zum Bundesmonopol zu erklären. Sie wird von einer Monopolanstalt besorgt, die vom Bunde gemeinsam mit Vertretern der Landwirte und der Konsumgenossenschaften verwaltet wird."

Wie soll nun diese Monopolanstalt funktionieren? Sie soll den Getreidepreis im Inland so hoch halten, daß der inländische Getreidebau lebensfähig bleibt, aber nicht höher. Sie wird daher den Uebernahmspreis für Inlandgetreide so festzuseßen haben, daß dieser die Existenz des heimischen Getreidebaues garantiert. Sie wird aber andererseits das für den inländischen Konsum nötige Auslandsgetreide zum Weltmarktpreise ankausen und beide Getreideeingänge zu einem Mischpreis abgeben, der die gesamten Rosten gerade deckt, ohne Gewinn zu ermöglichen. Sowohl gegenüber dem Ausland als auch im Inland tritt die Monopolstelle als Konkurrent im freien

²⁾ Otto Bauer: a. a. O., S. 37. Vergl. auch Otto Vauer: Getreidezölle oder Getreideeinfuhrmonopol? Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Agrarpolitik. "Der Rampf", Wien, Jahrgang XVII (1924), Nr. 4.

Wettbewerb auf. Auch im Inland steht ihr kein Anforderungsrecht zu, das geeignet wäre, in der Bauernschaft die Erinnerung an die böse "Zentralenwirtschaft" der Kriegszeit zu wecken. Nur durch die Tatsache, daß sie als Abnehmer zu einem das Bestehen des Getreidebaues im Inland ermöglichenden Preise auf dem Inlandmarkte auftritt, soll und kann die Monopolstelle die Regulierung des Preises vornehmen.

Soll nun die Monopolstelle das Vestehen des inländischen Getreidebaues ermöglichen und die Velast ung der Ron= sum ent en auf das niedrigste notwendige Maß herabdrücken, so muß sie in Zeiten, wo der Weltmarkt hohe Getreidepreise hat, anders funktionieren als in Zeiten niedriger Getreidepreise. Im Falle der Teuerung wird der Lebernahmspreis unter dem Weltmarktpreis sestgesetzt werden und das Aussuhrmonopol des Staates verhindern, daß das inländische Getreide auf den Weltmarkt wandert.

So kann das Getreidemonopol die Lasten des Erzeugers und des Ronsumenten auf das kleinste Ausmaß herabseßen, das nötig ist, um die ihm gesteckten Ziele zu erreichen, es kann sich jederzeit der wechselnden Gestaltung des Weltmarktes anpassen, während der Getreidezoll den inländischen Getreidepreis in eine keste Relation zum Weltmarktpreis bringt und so das Schicksal der heimischen Agrar-wirtschaft dem blinden Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf dem Weltmarkte überläßt. Nur das Monopol kann weiter jene Stabilität des Getreidepreises herbeiführen, die den Bauern eine sichere Grund-lage für ihre Ralkulation verbürgt.

Das schweizerische Beispiel hat aber auch gezeigt, daß das Monopol einen sichern Schutz für die Getreide verarbeitende Industrie darstellt. Die Monopolanstalt kann die Einfuhr lediglich auf Getreide beschränken und so die ganze Vermahlung der inländischen Müllerei

überlassen.

Endlich stellt das Getreidemonopol auch eine nicht zu unterschäßende Waffe des Staates bei Sandelsvertragsverhandlungen dar. In einem Lande, das auf Getreideeinfuhr und auf Export der Industrieprodukte in so hohem Maße angewiesen ist, wie Oesterreich, kann das Getreidemonopol, worauf auch der schweizerische Bundesrat hingewiesen hat, die Exportmöglichkeiten der heimischen Industrie mächtig fördern.

II.

Die österreichische Sozialdemokratie erhebt aber die Forderung nach dem Getreidemonopol nicht nur im Namen der Notwendigkeit, die Wirtschaft des "Körndlbauern" zu schüßen, sondern auch im Namen des Schußes für die heimische Industrie. Welche Gründe lassen es als möglich erscheinen, daß der Schuß der Interessen der industriellen Arbeiterschaft vereint wird mit der Fürsorge für die getreidebauende bäuerliche Wirtschaft?

In der Schweiz sind es im allgemeinen zwei Beweggründe, die zur Beibehaltung des Getreidemonopols führen. Der eine, der bei den bürgerlichen Parteien eine besondere Rolle spielt, ist der, daß die Landesverteidigung im Falle eines Krieges aussichtslos ist, wenn die Versorgung des Landes mit den notwendigsten Lebensmitteln unmöglich ist. Auch die Arbeiterparteien können sich dem Gedanken nicht verschließen, daß es — zwar nicht aus Gründen der Landesverteidigung — aber, um die inländische Lebensmittelversorgung im Kriegsfall so weit wie möglich zu sichern, notwendig ist, dem inländischen Getreidebau zu Silfe zu kommen. Der andere Grund, der die Arbeiterparteien bewegt, für das Getreidemonopol einzutreten, liegt in der Möglichkeit, durch das staatliche Monopol ein privates zu verhindern und den Zwischenhandelsgewinn in Getreide und dessen Produkten auszusschalten.

Für die österreichische Sozialdemokratie waren in der Kauptsache andere Gründe maßgebend. Der Zusammenbruch der Donaumonarchie hat die österreichische Industrie ihres Absatzen zu exportieren, die sich nun darauf angewiesen, in fremde Staaten zu exportieren, die sich durch Zollschranken ängstlich vom Weltmarkt abschnüren und ohne Rücksicht auf die Velastung der Ronsumenten eine eigene Industrie ins Leben rusen. Diese Exportschwierigkeiten haben die österreichische Industrie in eine schwere Krise geführt, die eine ungeheure Arbeitsslosiseit, ununterbrochene Angrisse auf die Löhne der Arbeiterschaft und auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit mit sich brachte. Solange nun der Export ins Ausland mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, ist es für die österreichische Industrie notwendig, den Absatz im eigenen Lande, den inneren Markt, zu stärken.

Wovon hängt die Absamöglichkeit der Industrie im eigenen Lande ab? Ie größer die Ueberschüsse der bäuerlichen Wirtschaft sind, desto mehr kann der Bauer von der inländischen Industrie kausen. Ie größer der Reinertrag, um so mehr Geld steht auch dem Bauer zum Ankauf industrieller Produkte zur Verfügung. Es ist also auch ein Lebensinteresse des industriellen Arbeiters, daß die bäuerliche Wirtschaft große Reinerträge abwirft³).

In den Stürmen der Nachkriegszeit hat sich auch eine Rategorie von Arbeitern zu rühren begonnen, die zu den Schutlosesten und Aus-gebeutetsten zählte.

Die Landarbeiter, die bis zur Revolution von der Arbeiterbewegung kaum erfaßt worden waren, verlangten höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Ronnte bisher der Bauer auf Rosten seiner Arbeiter wirtschaften, konnte er bisher durch eine unerhörte Ausbeutung der Arbeitskraft seiner Knechte die Rentabilität seiner Wirtschaft sichern, so ging das von nun an nicht mehr. Damit war aber auch der Ertrag seines Gutes vermindert, seine geringeren Leberschüsse erlaubten ihm nur mehr, einen geringeren Teil der im Preise noch dazu kräftig gestiegenen industriellen Erzeugnisse zu kaufen.

³⁾ Vergl. auch meinen Aufsatz: Das Getreidemonopol in der Schweiz. Der "Rampf", Wien, Jahrgang XIX (1926), Nr. 8, S. 329.

Die österreichische Landwirtschaft ist im allgemeinen gegenüber der schweizerischen in den Produktionsmethoden ausgesprochen rück = ständ ig. Die Schweizer Landwirtschaft erzielt unter relativ unzümstigen Bedingungen durch Anwendung moderner Betriebs= methoden hohe Erträge. Der österreichische Bauer ist in vielen Gebieten weitaus hinter dem Fortschritt der Technik und der landwirtschaftlichen Betriebswissenschaften zurückgeblieben. "Die Armut der Bauern und die Rleinheit ihrer Betriebe, aber auch die Unwissenheit vieler Bauern und ihr Kangen an alten Lleberlieferungen und Vorzurteilen erschweren den Llebergang zu produktiveren Wirtschafts= methoden"4).

Eine Verbesserung der Produktionsmethoden erfordert aber viel Geld. Der Landwirt muß neue Maschinen erwerben, zu zweckmäßigeren Stalleinrichtungen übergehen, teureres Saatgut kausen, kostspielige Geräte verwenden. Das Algrarprogramm sett an seine Spise den Sat: "Die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist eine der wichtigsten Voraussexungen der Sebung der wirtschaftlichen Lage der Volksmassen, sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt." Was aber die bürgerlichen Parteien durch Getreidezölle auf allzu kostspielige Weise zu erreichen suchen, das will die Sozialdemokratie durch eine groß angelegte bäuerliche Vildungstätigkeit in Verbindung mit dem Getreidemonopol auf weniger kostspielige Weise, unter geringerer Velastung der Konsumenten erreichen. In diesem Sinne vertritt das Getreidemonopol im sozialdemokratischen Algrarprogramm die Stelle des Erzieh ung szolles in der bürgerlichen Wirtschaftspolitik.

Der Getreidebau ist eine vergleichsweise intensive Vodenbebauung, er erfordert teurere Maschinen und erheblich mehr Arbeitskräfte, als es zahlreiche andere bäuerliche Wirtschaftszweige verlangen. Seder Rückgang im heimischen Getreidebau, jeder Uebergang zu weniger intensiven Vodenbearbeitungsarten würde einen Rückgang im Absatz der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit herbeisühren.

Soll endlich der Vauer seinen Alrbeitern höhere Löhne zahlen, soll die Alrbeiterbewegung aus den Städten hinaus aufs flache Land getragen werden können, so muß der Reinertrag der bäuerlichen Wirtschaft dazu ausreichen, ohne deren Existenz und Entwicklung zu gefährden.

In allen diesen Punkten läßt sich eine weitgehende Interessenharmonie zwischen dem Arbeiter und den Vauern feststellen. In allen diesen Punkten hat die Arbeiterschaft und die Vauernschaft eine gemeinsame Front gegen das Sandelskapital, gegen die Vörsenspekulation, die heute einen Großteil des Ertrages der gesellschaftlichen Produktion an sich zieht.

III.

Welches wird nun die Rolle des Getreidemonopols in der sozialistischen Gesellschaft sein? Das österreichische Ugrarprogramm ist

⁴⁾ Otto Bauer a. a. D., S. 6.

nicht der Meinung, daß der Expropriation des industriellen Unternehmers auch die Erpropriation der bäuerlichen Wirtschaft folgen soll. "In der sozialistischen Gesellschaft werden die Großindustrie und der Großgrundbesig, der Großhandel und das Bankwesen nicht mehr Privatleuten gehören, sondern dem Staat, als dem Sachwalter der Volksaesamtheit. Die Bauern dagegen werden auch im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft als freie Besitzer auf ihrer Scholle leben"5). Freilich, der gesellschaftliche Charakter des Eigentums des Bauern an Grund und Voden wird sich erheblich ändern. Der Vauer in der Feudalgesellschaft bedeutete etwas anderes als der der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der sozialistischen Gemeinschaft vollzieht sich die Verteilung des Arbeitsertrages, die Verteilung des Sozial= produktes auf gänzlich andere Weise als in der bürgerlichen Gesellschaft. So bleibt die Rechtsform des Eigentums in der Landwirtschaft bestehen, während sich der gesellschaftliche Charakter der juristischen Rategorie grundsätlich verändert.

Das Mittel hiezu stellt auf der einen Seite die Sozialisierung der Großbanken, der Großindustrie und des Großhandels dar, auf der andern Seite das staatliche Außenhandelsmonopol für Getreide und die genossenschaftliche Organisation.

Dadurch, daß an Stelle des Privatkapitalisten und des Privatunternehmers in Rreditwesen, Erzeugung und Sandel die organissierte Gemeinschaft tritt, bleibt es nicht mehr wie bisher dem Wettbewerb auf dem Markte überlassen, den Preis der gewerblichen Produkte zu bestimmen. Die Gemeinschaft selbst tritt an ihre Stelle und sest die Preise fest.

Auf der andern Seite bestimmt die Gesellschaft mittels des Getreidemonopols den Preis des Getreides und mittels genossenschaftslicher Organisationen den Preis der übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Derart bestimmt sie das Austaufch verhältnis zwischen gewerblichen und agrarischen Erzeugnissen.

So wird der gesellschaftliche Anteil der Landwirtschaft und der Industrie am Sozialprodukt der Gemeinschaft festgestellt und damit die Entwicklung beider Produktionszweige bewußt reguliert. Dieselbe Rolle, die in den industriellen Vetrieben die staatliche Verwaltung zu spielen berufen sein wird, spielt das Getreidemonopol hinsichtlich des Getreidebaues. An Stelle der staatlichen Verwaltung tritt dort die Veeinflussung durch die Vewegung des Getreidepreises.

Eine der größten Schwierigkeiten im Aufbau der russischen Volkswirtschaft war die sogenannte "Schere". Die Disproportionalität in der Entwicklung der industriellen und der agrarischen Produktion führte abwechselnd zu Perioden der Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte und zu Perioden der Agrarkrise. Zeitweilig war die Landwirtschaft der Industrie in der Entwicklung vorangegangen, das Austauschverhältnis zwischen gewerblichen und agrarischen Produkten verschob sich zu ungunsten der Bauernschaft. Sie konnte trop ge=

⁵⁾ Agrarprogramm.

steigerter Produktion nicht mehr an industriellen Produkten erwerben als bisher. Zu andern Zeiten wieder war die industrielle Produktion vergrößert, während der landwirtschaftliche Reinertrag zurückgeblieben war. In diesem Falle konnte die Stadt trot ihrer vermehrten Erzeugung nur die gleiche Quantität agrarischer Produkte erwerben. Trat im ersten Fall eine Preissteigerung der gewerblichen Produkte ein und damit eine Agrarkrise, so wurden im zweiten Fall die Rosten der Lebenshaltung für die industriellen Arbeiter gesteigert.

Die Funktion des Ausgleiches im Tempo der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft übernimmt in einem Getreide der einführen den Lande neben der Verwaltungsstelle der sozialisierten gewerblichen Produktion das staatliche Monopol in Getreide. Nur nebenbei sei auch auf die Probleme und Aufgaben des Getreidemonopols, die aus der Sozialisierung des Vankwesens

entstehen, hingewiesen.

Das Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie spricht

sich darüber wie folgt aus:

"In der kapitalistischen Gesellschaft hängt der Anteil der Bauern am Gesamtertrag der gesellschaftlichen Arbeit vom Markte, vom Spiel blind waltender wirtschaftlicher Kräfte ab. Infolge der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise wechseln Perioden schwerer Agrarkteisten mit Perioden drückender Teuerung der Agrarprodukte ab. In der so zialistischen Gesellschaft verwaltet das Gemeinwesen einerseits die Industrien, die den Bauern Arbeitsmittel und Gebrauchsgegenstände liefern, besorgt es anderseits den Vertrieb der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft. Damit erst gewinnen die Gemeinwesen die Macht, die gleich mäßige Entwicklung der Industrie und der Landwirt= schaft sicherzustellen und den Anteil der Bauern am Gesamtertrag der gesellschaftlichen Alrbeit beit beswußt zu regulieren."

Unentgeltliche Geburtshilfe und unentgelt= liche Beerdigung in der Schweiz.

Von Ed. Menerhofer, Vern.

Aus dem sozialdemokratischen Programm möchten wir für heute nur einen Punkt herausgreifen: die öffentliche Rranke nur einen Punkt herausgreifen: die öffentliche Rranke Rranke nur einen Punkt herausgreifen: die öffentlichertsordnung soll jedes Glied der Gemeinschaft im Rampse ums Recht gesichert sein. In bezug auf den Rampf gegen Rrankheit wird ihm aber heute nicht der nötige Schutz und die notwendige Silfe zuteil. Viel ist hier noch zu tun, um diese Fürsorge würdig und ausreichend zu gestalten. Während der heutige Staat den Geistlichen besoldet, weil dieser ein Arzt der Seele sei, hat er sich noch nicht dazu bereit gesunden, den für das Wohlergehen der Menschen so wichtigen Arzt des Leibes zum Staatsdiener zu machen. Die Gesundheitspslege ist eine so her=